

Ilkka-Christian Björklund: „Die Sozialdemokratie heute – ohne Karte und Kompass?“

Impulsreferat im Kulturforum der Münchner Sozialdemokratie am 18.11.2009

In Finnland und Skandinavien ist der Orientierungslauf ein regelrechter Volkssport. Es gibt da eine Grundregel, die heißt: Bei einem Widerspruch zwischen der Landkarte und dem Gelände da hat das Gelände recht.

In den 60er und 70er Jahren, als auch bei uns die Jugendbewegung von marxistischer Theorie beseelt war, gab es allerdings Leute die dachten, wenn die Wirklichkeit nicht der Theorie entspricht, umso schlimmer für die Wirklichkeit.

Für den sozialdemokratischen Realismus und die Reformarbeit der kleinen Schritte war es auch damals selbstverständlich, dass die ideologische Theorie nur dann einen Wert hat, wenn sie praxisbezogen ist, und die gesellschaftlichen Realitäten und das wirkliche Verhalten der Menschen korrekt beschreibt. Aber eben: „Nichts ist so praktisch wie eine gute Theorie“. Die Äußerung wird dem langjährigen schwedischen Ministerpräsidenten und sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Tage Erlander zugeschrieben.

Nun gut, als der erste sozialdemokratische Staatspräsident Finnlands, Mauno Koivisto, vor dreißig Jahren gefragt wurde, was für ein Sozialist er nun denn eigentlich sei, hat er mit einem halben Zitat von Bernstein geantwortet: „Die Bewegung ist mir alles.“ Der Anfang heißt wie bekannt: „Das Endziel ist mir nichts.“

Die Sozialdemokratie in Finnland und Skandinavien, in Deutschland und Europa befindet sich zurzeit gewiss in einer heftigen Bewegung, aber: Haben wir dabei ein Ziel und eine ideologische Richtung, haben wir eine Theorie, die den Realitäten von heute entspricht? Haben wir den ideologischen Kompass noch, und eine Karte, die ein richtiges Bild vom gesellschaftlichen Gelände zeichnet?

Als Gretchenfrage, ganz klassisch deutsch formuliert: „Nun sag, wie hast du's mit der Ideologie? Du bist eine herzlich gute Bewegung, allein ich glaub, du hältst nicht viel davon“. Und ich meine, dass wir sowohl Karte als Kompass verloren haben.

Sozialdemokraten sind Reformisten und „Macher“. Die Sozialdemokratie ist eben kein Religionsersatz mit dem Versprechen ein Paradies auf Erden zu errichten. Trotzdem behaupte ich,

dass der endgültige Kollaps der kommunistischen Utopie und der Zerfall der DDR und der Sowjetunion mitschuldig sind an den heutigen Problemen der europäischen Sozialdemokratie. Unfair ist das, aber dafür gibt es zwei gute Gründe.

Erstens braucht sich niemand länger vor einer kommunistischen Umwälzung zu fürchten, und damit hat die Sozialdemokratie ihre taktischen Freunde verloren, die in ihr das Bollwerk gegen den revolutionären Umsturz sahen. Zweitens: bei einem Teil unserer Wählerschaft ging womöglich eine große Hoffnung auf eine alternative Gesellschaft verloren – die zwar ganz anders sein würde als die kommunistische Schreckensherrschaft, und die schrittweise und ohne Gewalt erreicht werden sollte. Wer spricht schon heute von „systemüberwindenden Reformen“?

Dagegen haben wir eine Unmenge von ideologischer Arroganz bei den Verfechtern einer Laissez-faire-Wirtschaft erleben müssen, bis hin zur globalen Finanzkrise, die aber Gott sei Dank diese ideologische Hybris beträchtlich gemäßigt hat.

Ohne die Drohung eines neoliberalen und neokonservativen „Rollback“ herunterspielen zu wollen, behaupte ich doch, dass das Kernproblem der Sozialdemokratie weniger die bösen Absichten unserer politischen Gegner sind, als die eigene Unfähigkeit, unsere leitenden Ideen so weiterzuentwickeln, dass sie den sich verändernden Verhältnissen von heute entsprechen.

\*\*

Um mich hier verständlich zu machen, muss ich zunächst etwas darüber erzählen, wo meine finnische Sozialdemokratie steht. Sie ist verunsichert, wie die deutsche. Wir haben ja vieles von Ihnen, werte Freunde und Genossen, übernommen. Das erste Parteiprogramm der 110-jährigen finnischen Sozialdemokratie (1903) war praktisch eine Abschrift des von Karl Kautsky entworfenen Erfurter Programms (1891), mit 8-Stundentag, Mindestlohn und allgemeiner Schulpflicht. Zugefügt wurde die spezifisch finnische Forderung nach einem Alkoholverbot.

Anders als in Schweden, Dänemark und Norwegen, wo der Aufbau des Wohlfahrtsstaates schon in den dreißiger Jahren begann, wurde bei uns dieses sozialdemokratische Modell erst nach dem Kriege, eigentlich erst Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre eingeführt.

Zu den urbanen Legenden finnischer Politik der 70er Jahre gehört die Behauptung, wir hätten unsere Gesamtschule von der DDR geschenkt bekommen. Als Willi Stoph 1974 in Finnland war, es war übrigens der erste Besuch eines DDR-Staatsoberhauptes in einem westlichen Land, sollen die Gäste vom Interesse für die ostdeutsche Sozial- und Bildungspolitik überrascht gewesen sein, und vom entgegenkommenden Wunsch der finnischen Gastgeber, in diesen Bereichen Erfahrungen auszutauschen. Jetzt, 35 Jahre später, schreibt ein ehemaliger DDR-Diplomat: „Auf der Suche nach

den Wurzeln einer erfolgreichen finnischen Bildungspolitik (siehe „Pisa“) könnte man hier vielleicht fündig werden“(Peter Steglich, Die DDR und Nordeuropa, Berlin 2009).

Nun waren ja manche Losungen und Lösungen in der DDR, im Gesundheitswesen oder im Schulsystem, nicht schlecht auf dem Papier und haben auch bei uns ohne Zweifel Gedanken angeregt. „Facharbeiter mit Abitur“ – eine hervorragende Idee. Dass dann die Realität entsetzlich anders war, haben sogar wir mitgekriegt. Als der Stoph bei unserem Kekkonen zu Gast war, war der Beschluss über die Einführung der Gesamtschule – nach schwedischem Muster! – längst (1968) gefasst, in Nordfinland schon (1970) verwirklicht und mit dem Übergang von Helsinki ins neue Schulsystem einige Jahre später (1978) im ganzen Lande durchgeführt. Kein DDR-Import also.

Weshalb jetzt diese ganze Geschichte? Weil es eine Erinnerung ist an die hitzige politische Debatte von damals. Die bürgerlichen Gegner der Gesamtschule wollten zunächst die von der Sozialdemokratie, den Linken und dem Zentrum getragene Schulreform als bolschewistisches Zeug abfertigen. Heute gibt es keine einzige Partei in unserer bunten politischen Landschaft, die nicht aktive Anhängerin unserer 9-jährigen Gesamtschule ist. Das gilt übrigens auch für manche andere Bereiche, wo radikale sozialdemokratische Reformen von früher Allgemeinbesitz geworden sind. Aber klar: niemand wählt uns heute aus Dankbarkeit für gut geleistete Arbeit von gestern.

Die Polit-Strategen der Sozialdemokratie sind konfus, und zu den Verwirrten gehöre auch ich. Als ich sieben Jahre lang u.a. für das Helsinki Schulsystem zuständig war, bekam ich manchmal Kopfzerbrechen mit den wachsenden Ansprüchen nicht nur der eigenen lieben Parteigenossinnen und -genossen, sondern auch der aktiven jungen beschäftigten Mitt-Dreißigerinnen in den Reihen der Grünen und der konservativen Partei. Es gab da beispielsweise die Bestrebung, eine – wenn ich das so mal ausdrücke – „Kita-Philosophie“ auf die Schule auszudehnen. Es ging da um die Forderung, dass jede Schülerin und jeder Schüler das Recht haben sollte, von der Schule ganztägig betreut zu werden – schrittweise, aber letztendlich vom Baby bis zum Abitur.

Nun haben bei uns alle Kinder vom 1. Lebensjahr an und bis zur Einschulung das subjektive Recht auf einen Platz in der Kita. Die große Mehrheit macht von diesem Recht Gebrauch. Für die Stadt Helsinki kostet dies um die 250 Millionen Euro pro Jahr. Zum Vergleich: Die Einnahmen von einer Prozenteinheit unserer Kommunalsteuer sind 100 Mio. Euro. Die Kosten entsprechen also 2,5%-Einheiten des kommunalen Steuersatzes von 17,5 %. Nun stellen Sie sich mal vor, wenn ähnliche Kosten auch noch dem Schulwesen zugefügt würden.

Aber noch wichtiger als dieses buchhalterische Kalkül scheint mir die prinzipielle, wenn Sie so wollen: ideologische Frage. Hätten wir in den 60er Jahren gefordert, so ein System von Kindertagesstätten aufzubauen, das wir jetzt haben, und das von allen Parteien getragen wird, so wäre schon diese Forderung damals als schlimmster Kasernenkommunismus abgestempelt worden. Und jetzt? Nur der *erste* Schritt soll das sein?

Ist das jetzt der Segen der Geschlechterrevolution, die den Frauen ähnliche Arbeits- und Karrierebedingungen geschaffen hat wie es früher das Privileg der Männer war? Der Siegeszug sozialistischer Werte? Oder ist es der Fluch eines immer hektischeren kapitalistischen Arbeitslebens?

Wernher von Braun soll mal gesagt haben, die Utopien müssten sich beeilen, wenn sie nicht von der Realität eingeholt werden wollen. Nun scheint das also nicht nur für die Raumfahrt, sondern auch für die gesellschaftliche Entwicklung zu gelten.

Wie auch immer – und das ist hier meine Pointe – die alten politischen Kontroversen scheinen hier ausradiert zu sein. Links, grün oder konservativ – Trennlinien sind kaum zu unterscheiden. Und wir Sozialdemokraten klagen darüber, dass die Konkurrenten alles besetzen, wofür wir früher standen. Der Sozialstaat ist eben Gemeingut geworden.

Allerdings, zu oft kommt es vor, dass die Konservativen und die Grünen eine bessere mentale Bereitschaft haben, organisatorische und finanzielle Strukturen zu überdenken und umzugestalten.

\*\*

Der finnische Ministerpräsident vertritt zwar die im Land noch starke bäuerliche Zentrumspartei, aber weil die urbane Wirklichkeit für die Münchener Diskussion doch relevanter ist, beschreibe ich Ihnen hier die politische Lage in der Hauptstadt Helsinki. Dort ist die konservative Partei die stärkste, die Grünen haben die Sozialdemokraten als zweitstärkste politische Kraft abgelöst, und wir sind eben auf Platz drei gerückt. Wir verlieren Wähler an drei Fronten: an die Grünen, an die Konservativen, und an eine populistische Rechtspartei.

Die Grünen sind auch bei uns die Großstadtpartei junger gebildeter Leute, und derjenigen, die das gerne sein möchten. Die Gründergeneration der Grünen bestand bei uns teils aus ehemaligen Liberalen, deren Partei, übrigens eine Schwesterpartei der FDP, politisch zu Grunde ging, und teils aus Ultralinken, sogar ehemaligen stalinistischen Kommunisten, die inzwischen für eine neue Heilslehre reif geworden waren. Heute sind unsere Grünen ausgesprochene Realos, strahlen aber immer noch einen gewissen jugendlichen Idealismus aus.

Die Konservativen, die noch vor kurzem von unseren Karikaturisten als Pfaffen mit Stahlhelm abgebildet wurden, sind heute eine moderne Partei von Lohnabhängigen und Unternehmern, als Vertreter der sozialen Marktwirtschaft recht überzeugend, und, wie gesagt viel weniger konservativ, wenn es darum geht, funktionelle Strukturen in Politik und Gesellschaft zu erneuern, als die Sozialdemokratie, die sich eben eher als Verteidiger „guter alter Strukturen“ versteht. Und

keiner glaubt uns länger, wenn wir im Wahlkampf behaupten, die Konservativen würden den Sozialstaat zerschlagen.

Das Abbröckeln von soziologischen und ideologischen Mustern der alten Industriegesellschaft, das haben die Konservativen in ihren Kampagnen bei uns recht geschickt ausgenutzt, ja ausgebeutet. Der Präsidentschaftskandidat der Rechten vermarktete sich in seiner Wahlkampagne gegen die sozialdemokratische Staatspräsidentin vor vier Jahren salopp als „Arbeiterpräsident“, und in den Parlamentswahlen 2007 hat die Partei mit humoristisch-frechen Emblemen wie Hacke & Pinsel linke Symbole zielbewusst karnevalisiert. Und das mit Erfolg.

Wo also die Grünen eine Anziehungskraft auf idealistische Weltverbesserer ausüben, und die Konservativen auf selbstsichere Optimisten, da sickern enttäuschte, traditionelle Arbeiterwähler zu der populistischen, fremdenfeindlichen Rechtspartei, die inzwischen zu einer mittelgroßen Partei im Lande gewachsen ist, mit einem Anteil um knapp zehn Prozent der Wählerstimmen.

\*\*

Der nordische Sozialstaat in seiner finnischen Variante beruht auf der kommunalen Selbstverwaltung und einem lokal beschlossenen Steuersatz. Beispielsweise: obwohl das finnische Gesundheitswesen auch staatliche und private Elemente hat, ist die Gesundheitsfürsorge im Wesentlichen eine kommunale Angelegenheit. (Wo Sie ihren deutschen Kassen-Arzt besuchen, gehe ich in mein kommunales Gesundheitszentrum).

Ähnliches gilt für Schule und Sozialwesen. Da nun Städte und Gemeinden chronisch unter ihrer finanziellen Last ächzen und stöhnen, ist es ein ständiger Punkt auf der kommunalen Tagesordnung, wie man diese Dienstleistungen flexibler, effizienter, kostenwirksamer herstellen könnte. Für die Sozialdemokraten bedeutet das ein unaufhörliches Jakobsringen.

Warum ist es so schwer für uns, offen zu gestehen, dass eine Erhöhung der Produktivität des öffentlichen Sektors im Interesse des öffentlichen Sektors selbst ist? Und vor allem: im Interesse ihrer Nutzer?

Erstens, weil wir die Tendenz haben, im Interessenkonflikt zwischen dem Steuerzahler und den öffentlich Angestellten recht einäugig die Partei der kommunalen Angestelltenverbände zu ergreifen. (Ich weiß, hier im DGB-Haus gesagt klingt das wie ein Fluch in der Kirche – aber so ist es nun mal).

Zweitens ist es für uns als Pioniere des Wohlfahrtsstaates offensichtlich schwer vorzustellen, dass Einiges noch besser und bürgernäher gemacht werden könnte – inhaltlich, organisatorisch, finanziell. Allzu oft sind die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker die tapferen Verteidiger des Bestehenden, besonders meine Altersgenossinnen und –genossen, mit denen ich mich vor vierzig Jahren auf den langen Marsch durch die finnischen Institutionen begeben habe. Da frage ich mich nur, seit wann eigentlich fingen wir an, die Veränderung der Gesellschaft als Bedrohung zu empfinden, statt als Chance?

\*\*

Im politischen Diskurs heißt es bei uns immer wieder, dass das „Projekt“ des Wohlfahrtsstaates erledigt sei. Als hätten wir im Orientierungslauf das Ziel erreicht. Das ursprüngliche Programm der finnischen Sozialdemokratie ist allerdings längst mit einer Ausnahme verwirklicht, und auch das Alkoholverbot ist lange schon abgeschafft.

Die Ausnahme ist die – im protestantischen Finnland – nicht vollzogene Trennung von Kirche und Staat, und die evangelisch-lutherische Kirche, einst als Vertreter bürgerlicher Ideologie empfunden, sogar als Symbol der Klassenherrschaft, wird heute eher als „ein‘ feste Burg“ des Solidaritätsgedankens aufgefasst, und als Verbündeter im Kampf gegen das Unrecht in der Welt und gegen den Wertehilismus. Und das mit Recht. Aber ich höre niemanden behaupten, das Projekt der Kirche sei auch erledigt.

Der im Sommer verstorbene Ralf Dahrendorf – der ein bisschen voreilig das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters 1983 verkündet hat – gilt wohl in der deutschen Öffentlichkeit als bürgerlicher Soziologe, liberaler Politiker und britischer Baron. Bei uns in Finnland wird er eher als besonnener Marxist gewürdigt, vor allem wegen seiner Habilitationsschrift (1957) über *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft*.

Die Theorie Dahrendorfs über den geregelten Konflikt wurde bei uns zur theoretischen Grundlage einer äußerst erfolgreichen Einkommenspolitik, wo vier Jahrzehnte lang (1969-2008) die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Lohnentwicklung und des Arbeitsmarktes zentral abgesprochen wurden – im Einvernehmen zwischen Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Diese Konsenspolitik hatte zwar ihre Gegner, ganz links und ganz rechts, war aber doch allgemein akzeptiert und galt als Ausdruck einer sozialdemokratischen Hegemonie.

Mit dem Ausbruch des Zeitalters der Globalisierung fing diese Konstruktion, die finnische „Vertragsgesellschaft“, an zu bröckeln. Ein nützlicher theoretischer Ansatz zur Analyse der heutigen Bedingungen stammt von, ja, Ralf Dahrendorf, der die Frage stellte, ob wir auch unter den Bedingungen der Globalisierung alle drei haben können: die reiche Gesellschaft, die gute Gesellschaft und die freie Gesellschaft. In seiner Analyse tendieren die USA reich und frei zu sein, aber ohne soziale Gerechtigkeit. Europa tendiert frei zu sein und gut, aber ohne wirtschaftlichen

Schwung. Und für Asien ist das Symbol der Stadtstaat Singapur, eine ehemalige ausgebeutete Kolonie mit Hunger und Krankheiten, jetzt eine reiche sozialdemokratische Diktatur – einzigartig in dieser Kategorie – wo die Teilhabe am Wohlstand gut ist, die Menschen finden sich in Dreizimmerwohnungen wieder mit Jobs und sauberen Straßen. Aber Freiheit und Demokratie? Keine Rede. Und das ist, nebenbei gesagt, das offensichtliche Ideal auch der chinesischen Führung.

Ich meine, dass Lord Dahrendorf hier die inhaltliche Problematik der aktuellen Gesellschaftspolitik auf eine einfache und nützliche Formel gebracht hat. Es ist ein Dreieck und es geht darum, wie die Demokratie im globalen Markt besteht – ohne den sozialen Zusammenhalt zu zerstören. Das ist das Zauberdreieck von Dahrendorf – an dem verglichen der Zauberwürfel von Rubik nun wirklich ein Kinderspiel ist. Aber ohne eine eigene Lösung dieses Dreiecks kann heute keine politische Bewegung ein Programm produzieren, das glaubwürdig ist und machbar.

Wenn Markt und Reichtum zusammengehören, und die Mitbürgergesellschaft und die Freiheit, so ist der Staat – Staat und Kommunen – Garant der Teilhabe am Wohlstand und des sozialen Zusammenhalts. Gehe ich auf meine Helsinkier Erfahrung zurück, so suchen die Wähler womöglich den Reichtum bei den Konservativen, die Freiheit bei den Grünen und, wenn sie das Bedürfnis haben sollten, die soziale Sicherheit bei den Sozialdemokraten. Aber sind wir auf diesem Punkt heute glaubwürdig? Das ist die eine Frage. Und die andere lautet: sollten wir auch nicht was für den Durst nach mehr Freiheit und vielleicht auch Reichtum zu bieten haben?

\*\*

Oft setzen die Grünen den umweltpolitischen Akzent und die Bürgerlich-Konservativen den wirtschaftspolitischen, weil das eben die Mission dieser Parteien zu sein scheint. Aber schon der alte Marx hat die Ökonomie zur realen Basis erklärt, für den restlichen Bau. Und inzwischen hat wohl der neuere Marxismus verstanden, dass die Ökologie ein noch grundlegenderes Fundament ist.

Umwelt und Wirtschaft sind gewiss eiserne Rahmenbedingungen, an denen keine vernünftige Politik vorbei kann. Rahmenbedingungen, ja, und ein Arsenal von Mitteln, aber doch kein Selbstzweck, kein Ziel für sich.

Unser Ziel und unsere Mission muss doch der Mensch sein – seine Entfaltung, seine geistige und materielle Lebensqualität. Sprechen wir also in der Tagespolitik beispielsweise von nachhaltiger Entwicklung oder konkurrenzfähiger Umwelttechnologie, da müsste doch jedes Mal durch den Schleier von Tagespolitik und technokratischem Gestalten auch der Kern unserer Reformen, wenn Sie den Begriff gestatten: der sozialistische Humanismus, der Mensch zu erkennen sein.

Wenn wir nicht im politischen Gelände hinter Meinungsumfragen herumirren wollen, müssen wir einerseits den Mut haben, den ideologischen Kompass des sozialistischen Humanismus aus

unserer Werkzeugkiste rauszuholen und, andererseits das Geschick, eine neue Karte zu zeichnen, welche die ökologischen und ökonomischen Sachzwänge von heute tatsachengerecht beschreibt. Also mehr Idealismus und mehr Realismus zugleich. Der europäischen Sozialdemokratie mangelt es an beiden.

Warum hat die Krise des globalen Kapitalismus nicht automatisch der Sozialdemokratie und den Linken genutzt? Weil die Leute eben nicht dumm sind. Natürlich wollen die, die wir ansprechen, dass die Umverteilungsfrage von uns hervorgehoben wird. Wie Arbeit, Bildung und Nachhaltigkeit. Aber wenn es nicht nach einem Weg aus der Krise klingt, und einer Perspektive darüber hinaus, sondern nach verstaubten Losungen und alten Parolen, dann hilft es wenig.

Bei manchen Losungen kann allerdings auch unter einer Decke von Staub noch eine gängige Lösung zu finden sein. Obwohl ich das finnische Parteiprogramm von 1903, hier heute anfangs für aus-, durch- und zu Ende geführt erklärt habe, muss ich doch gestehen, dass seine zentrale – Erfurter ! – These, dass der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muss wie die Ausbeutung selbst, im globalen Zeitalter ihre Aussagekraft nicht verloren hat. Im Gegenteil. Aber sie bedarf natürlich einer Übersetzung und Übertragung in die Sprache und die Welt von heute. Wir sollten uns vehement dafür einsetzen, die Europäische Union als diejenige Ebene zu gestalten, von wo aus die Finanzmärkte noch gezähmt und gezügelt werden können.

\*\*

Letztendlich geht es wohl um Glaubwürdigkeit, Glaubwürdigkeit und Glaubwürdigkeit. Um die Glaubwürdigkeit unserer Grundwerte, um die Glaubwürdigkeit der von ihnen abgeleiteten Politik, und – um die Glaubwürdigkeit der Träger und Vertreter dieser Politik.

Schon die alten Griechen glaubten mit Aristoteles, dass man, um Menschen zu überzeugen (und darum geht es ja in der Politik), sowohl Ethos, Pathos als Logos braucht. Logos - das sachliche Argument , Pathos – die ideologische Leidenschaft . Und Ethos? Ja, haben unsere sozialdemokratischen Politiker Charakter? Sind sie tugendhaft, klug, wohlwollend? Werden sie auch so vom Volk empfunden?

Es ist nun mal so, dass sozialdemokratischen Politikern strengere Maßstäbe gesetzt werden, und gesetzt werden müssen, als privatwirtschaftlichen Akteuren oder Politikern solcher Parteien , die nicht behaupten, das Ideal der sozialen Gerechtigkeit zu verfechten. In einer Gesellschaft, wo das "Prekariat" (von „prekär“) der ungeschützt Arbeitenden und Arbeitslosen kräftig zunimmt, wo die Zukunft der Altersversorgung aus demographischen Gründen zum Problem geworden ist, da sind die Privilegien der politischen Klasse eine Achillesferse unserer Glaubwürdigkeit.



Das Medieninteresse und die politische Diskussion in Finnland kreist, schon seit mehreren Monaten, um kleinere und größere Skandale der Wahlfinanzierung. Im Fokus dieser Wahlkampfspendenaffäre sind Politiker der heutigen bürgerlichen Regierungskoalition, vom Zentrum und von den Konservativen, aber getroffen ist das ganze politische Establishment, und somit klingen die Buhrufe aus der sozialdemokratischen Opposition eher wie Geräuscheffekte eines politischen Theaters. Auch bei uns könnte jemand behaupten, es sei eine Kluft entstanden zwischen Politik und Bürgern.

Ja, was tun? Eigentlich müsste ich hier jetzt zu einer moralischen Aufrüstung der europäischen Sozialdemokratie auffordern.

\*\*

Nun hat ja bei Ihnen am Wochenende der Bundesparteitag stattgefunden, wo die Weichen für einen Neuanfang schon gestellt worden sind.

Und dann kommt da so einer aus Finnland und redet über „Humanismus“ und „Moral“.

Trotzdem, zum heutigen Buß- und Betttag, der langen Rede kurzer Sinn:

Klientelvertretungen und Traditionsvereine haben, in den reifen Demokratien in Europa, keine politische Zukunft. Als die bessere Volkspartei wird sich diejenige erweisen, die eine Vision zu bieten hat – humanistisch und praktisch orientiert zugleich – und die moralisch glaubwürdigen Politiker.

Ich hoffe, es ist die Sozialdemokratie.

+++